Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/6250

17. 01. 90

Antrag

der Fraktion DIE GRÜNEN

Endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze Polens

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag erklärt, daß er im Interesse einer zukünftigen europäischen Friedensordnung eine Wiederherstellung eines gesamtdeutschen Nationalstaates in den Grenzen von 1937 jetzt und in Zukunft nicht anstreben wird.

Der Deutsche Bundestag macht sich den Vorschlag seiner Präsidentin zur Garantie der polnischen Westgrenze zu eigen. Er regt an, daß nach freien Wahlen in der DDR nicht nur die Regierungen der beiden deutschen Staaten, sondern auch beide deutschen Parlamente folgende gemeinsame Erklärung zur polnischen Westgrenze abgeben:

„Das polnische Volk soll wissen, daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird."

Die Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze Polens ist für jede deutsche Staatsgewalt unantastbar.

Bonn, den 17. Januar 1990

Hoss, Frau Schoppe, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Seit der Niederwerfung des nationalsozialistischen Deutschlands und der Auflösung des Deutschen Reiches durch die alliierten Siegermächte gibt es nicht nur in den Vertriebenenorganisationen maßgebliche politische Kräfte, die mit revisionistischen und irredentistischen Forderungen nach der Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 erneut Nationalismus als deutschen Grundkonsens etablieren wollen.

Innenpolitisch bedeutete das immer, die Verbrechen des Deutschen Reiches unter der Nazi-Herrschaft zu relativieren, um die Kontinuität nationaler Größe und nationalistischer Sinnbezüge sowie deren Legitimation konstruieren zu können.

Außenpolitisch bedeutete das immer, das Sicherheitsproblem Deutschland für die europäischen Staaten und ihre Beziehungsstruktur zu leugnen und die Deutschen als Opfer der Alliierten darzustellen.

Auf dieser Basis heizten diese politischen Strömungen den Kalten Krieg und die Ost-West-Konfrontation an, versuchten von Anfang an, den Entspannungsprozeß in Europa zu hintertreiben und waren erklärte Feinde der Brandt'schen Ostpolitik und der damit verbundenen Verträge.

Seit dem Regierungswechsel 1982 hat es eine Reihe von Versuchen gegeben, die bundesdeutsche Innen- und Außenpolitik zu renationalisieren: Bitburg, Historikerstreit, Zunahme antisemitischer Tendenzen in der Gesellschaft, regierungsamtlich verordnete Nationalsymbolik, die Leugnung der Europaverpflichtung der Deutschlandpolitik, die nationalistischen Töne in der Ablehnung des INF-Abkommens und in der Kurzstreckenraketen-Debatte und nicht zuletzt die fast jährlich auftauchende Forderung namhafter Regierungsvertreter nach einem Deutschland in den Grenzen von 1937 bzw. die wiederholte Weigerung der Bundesregierung und der Mehrheitsfraktionen im Deutschen Bundestag, sich mit einer Garantieerklärung für die heutige Westgrenze Polens zu binden.

Mit der Westöffnung und ökonomischen Schwäche Osteuropas bekommen deutsch-nationale Kräfte mit ihren Forderungen nach einer operativen Wiedervereinigungspolitik und ihrer zunehmenden Orientierung auf Mitteleuropa Auftrieb.

Angesichts der Demokratisierungsbestrebungen und Abrüstungsbereitschaft im Warschauer Pakt steht Europa vor einer Situation, in der die Überwindung der Blockkonfrontation, die Defensivierung und Auflösung der Militärbündnisse sowie die Entstehung einer neuen europäischen Friedensordnung möglich geworden ist. Eine solche Situation des Umbruchs verlangt mehr denn je äußere Sicherheit und zivile Kooperationsstrukturen, die mit der unzweideutigen Anerkennung aller europäischen Grenzen und im Rahmen des KSZE-Prozesses gegeben sind.

Versuche, die europäische Verpflichtung und internationale Einbindung der Bundesrepublik Deutschland durch nationale Machtpolitik und gesamtdeutsche Interessen in den internationalen Beziehungen zu ersetzen, würden alle Hoffnungen auf ein gemeinsames Haus Europa zunichte machen.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333